

Wie weit gehe ich für dich, Uni?

BLOG

CHRISTOPH SCHEUCH

9. April 2013, 14:20

144 POSTINGS



foto: standard/cremer

Die nächste Möglichkeit für studentische Beteiligung:
Die ÖH-Wahl vom 14. bis 16. Mai.



foto: privat

Christoph Scheuch studiert Volkswirtschaftslehre an der
Universität Wien.

Wieso sich Studierende immer weniger unipolitisch engagieren

Stark steigende Studierendenzahlen, im Vergleich zu führenden Ländern niedrige Abschlussquoten und chronische Unterfinanzierung - der österreichische Hochschulsektor gleicht einer vernachlässigten Baustelle. Als Antwort darauf gab es eine schleppende Umstellung der Studienpläne im Zuge des Bologna-Prozesses, eine restriktive Knock-out-Phase in Form einer wohlgemeinten Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) und drei mehr oder wenig gescheiterte Köpfe im Wissenschaftsministerium innerhalb von sechs Jahren.

Während die Universitäten versuchen, im finanziell knappen Rahmen mit den Interessen von Wissenschaftsministerium, Lehrenden und Studierenden zu jonglieren, nehmen unruhige Stimmen auf allen Ebenen zu. Doch wo bleiben die in den vergangenen Jahren so auffälligen Proteste der Studierenden? Haben sie sich mit den immer prekärer werdenden Studienbedingungen abgefunden?

Neue Spielregeln

Seit den großen Studierendenprotesten 2009/2010, die das Engagement mehrerer Generationen aktiver Studierender kanalisiert haben, haben sich die Rahmenbedingungen an den Universitäten stark verändert. Die Bologna-Reform wurde in neuen Studienplänen vorangetrieben - manche sprechen von einer zunehmenden Verschulung des Hochschulsystems -, was zu einem Rückgang der Freiheiten in der individuellen Studiengestaltung führte. Doch die angestrebte gesteigerte Mobilität im Europäischen Hochschulraum hat auch einen spürbar positiven Effekt auf die Anzahl der Studierenden in Österreich.

Um unentschlossene und angeblich bummelnde Studierende im Zaum zu halten, entwarf die Regierung 2011 eine Studieneingangs- und Orientierungsphase, die darauf abzielt, die Studienwahl zu optimieren. Schaffte man diese einsemestrige Phase nicht, wurde man für dieses Studium auf Lebenszeit gesperrt. Da die Studierendenzahl weiter stieg, wurden nun zusätzlich in ausgewählten Studien Aufnahmeverfahren eingeführt, um allgemeine Zugangsbeschränkungen und die daran gekoppelte Studienplatzfinanzierung vorzubereiten.

Generationenübergreifender Konflikt

Jene Generation, die derzeit die gesetzgebenden und ausführenden Gewalten stellt, kannte all diese Spielregeln nicht. Die Studienbedingungen vor wenigen Jahrzehnten waren unvergleichbar anders als die momentan herrschenden: Keine Zeit für nichts, viel Stress und Leistungsdruck, Angst vor

Studienzeitverzögerung, Erwartungen über den Arbeitsmarkt, Unsicherheiten über die unmittelbare finanzielle Zukunft - vermeintlich individuelle Probleme beschäftigen die modernen Studierenden in höherem Ausmaß.

Politische und soziale Frage- und Problemstellungen treten dabei oft in den Hintergrund. Obwohl die einen meinen, es sei gut und richtig, wenn endlich studiert und weniger protestiert wird, beklagen andere das fehlende Engagement von Studierenden.

Oft vergessene Arbeiten

Die von vielen Seiten kritisierte ÖH steht hier im Mittelpunkt des Dilemmas. Während der Betreuungsaufwand mit der wachsenden Zahl an Studierenden und auch deren Hürden zunimmt, kommt es zu einer zunehmenden Knappheit an Aktivist/inn/en, die mehr oder wenig bedürftig entlohnte oder gar freiwillige Tätigkeiten übernehmen. Vielen Bürger/inne/n - auch Studierenden - ist oft nicht bewusst, dass die ÖH nicht nur dazu dient, Skripten und Prüfungsangaben aufzubereiten oder Punschstände zu betreuen, sondern auch wichtige Gremienarbeit übernimmt.

Studienkommissionen als Informationsplattform zwischen Studierenden und Lehrenden, Curricularkommissionen für die Erarbeitung neuer Studienpläne und Habilitationskommissionen zur Prüfung der Lehrfähigkeit basieren beispielsweise auf der notwendigen Einbindung aktiver Studierender. Aber auch das Organisieren und Anbieten von Erstsemestrigen-Tutorien, die Studienanfänger/innen in das Unileben einführen, und Informationsveranstaltungen rund um den Uni-Alltag gehören zum Tätigkeitsbereich der ÖH und von Engagierten in deren Umfeld.

Unter den gegebenen Restriktionen entscheiden sich jedoch immer weniger Studierende dafür, aktiv an den möglichen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sondern profitieren lieber - wenn überhaupt - passiv davon. Dies führt zu einer zu erschwerten Voraussetzungen für die Arbeit im Sinne der Studierenden und zu einer Machtkonzentration bei jenen Personen, die sich dieser Arbeit doch annehmen. Beide Aspekte schaden der Nachhaltigkeit von Projekten von Studierenden für Studierende.

Kurzlebigkeit eines Studilebens

Doch welche Motivation haben die Menschen, die dann diese Tätigkeiten übernehmen? Meist reicht diese von einem Verständnis der Wichtigkeit von Unipolitik - auch für die volkswirtschaftliche Entwicklung - bis hin zum Aufbau einfacher Netzwerke, welche nach dem Studium genutzt werden können. Während letzteres von vielen Außenstehenden nicht erkannt wird, hat ersteres meist eine geringere Bedeutung als die individuelle Entwicklung. Dies liegt auch in der Kurzlebigkeit eines Studierendenlebens, frei nach dem Motto: "Nach uns die Sintflut". Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 28 Prozent bei der ÖH-Wahl 2011 könnte man vielleicht sogar behaupten, dass die Mehrheit der Studierenden sich nicht für Unipolitik interessiert. Auch eine Ebene darüber, entsprechen die Stimmen von

Studierenden und Lehrenden als vergleichsweise kleine Wählerschaft nicht unbedingt einer wichtigen Zielgruppe der großen politischen Parteien.

Breite Mobilisierung

Abgesehen von der Problematik, mehr neue motivierte Aktivist/inn/en zu finden, erweist sich auch die Mobilisierung der breiten Studierendenschaft für Proteste als zunehmend schwierig. Neben dem bereits angesprochenen hohen Stellenwert von individuellen Problemen sehen viele Studierende auch nicht unbedingt ein, warum sie sich gegen die aktuellen Politikmaßnahmen wehren sollten.

Diejenigen, die bereits studieren, können sich durchaus als Profiteure sehen, wenn Zugangsbeschränkungen oder ähnliches eingeführt werden. Es ergibt sich ein Insider-Outsider-Problem, da derzeitige Studierende auf individueller Ebene wenig Anreiz haben, sich für Noch-nicht-Studierende einzusetzen. Dies kann insbesondere an den leider unter den Erwartungen liegenden Besuchszahlen bei den letzten Demos zur Hochschulpolitik gesehen werden. Nachdem zahlreiche Proteste vom Wissenschaftsministerium wohl bewusst ignoriert wurden, stellte sich bei vielen ehemals Engagierten auch große Frustration ein.

Gefahr von Entkoppelung

Der Gegensatz zwischen politischen Entscheidungsträger/inne/n und Studierenden wird also zunehmend verschärft. Politik wird weitestgehend ohne die Einbindung Studierender gemacht, Studierende antworten mit Wurschtigkeit. Neben den derzeitigen Studierenden sind auch zukünftige Generationen Versuchskaninchen in diesem Experiment.

Viele Wissenschaftler/innen, Lehrende und manche Politiker/innen treten zwar für notwendige zusätzliche Finanzierung ein, jedoch droht ihnen ihr eigentliches Klientel - die Studierenden - in Apathie zu versinken. Eine einseitige Betrachtung von Hochschulpolitik - denn wer weiß besser Bescheid als jene, die in dem System leben müssen? Ohne die breite Unterstützung seitens der Studierenden wird progressive, zukunftsgerichtete Unipolitik womöglich noch unwahrscheinlicher.

Anreize schaffen

Möchte man gemeinsam mit Studierenden die Zukunft der Hochschullandschaft gestalten, müssen diese wieder zunehmend eingebunden werden. Eine vermehrte Anrechenbarkeit von Gremienarbeit oder Tätigkeiten von Studierenden für Studierende können Anreize für Studierende schaffen, sich intensiver mit Unipolitik zu beschäftigen und zu partizipieren.

Der Ausbau des Beihilfensystems zur finanziellen und damit zeitlichen Entlastung Studierender wäre ein weiterer Ansatz. Betrachtet man aber weiterhin die Studierenden als Kund/inn/en, die zur Abfertigung bereits Schlange stehen, wird auch 2020 die Hochschulpolitik nicht rosiger als derzeit aussehen. (Christoph Scheuch, derStandard.at, 9.4.2013)

Christoph Scheuch ist Student der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien und Aktivist im Roten Börsenkrach, der Basisgruppe und Studienvertretung Volkswirtschaftslehre. Der Rote Börsenkrach ist die älteste existierende Basisgruppe an der Universität Wien und versucht neben Serviceangeboten auch die Interessen von Studierenden in allen möglichen Gremien zu vertreten.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.
Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .